

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 6 (1926-1927)
Heft: 8

Artikel: Lord Edward Grey : Fünfundzwanzig Jahre Englische Politik
Autor: Lessing, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-156125>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lord Edward Grey. Fünfundzwanzig Jahre englische Politik.¹⁾

Von Kurt Leffing, Bern.

Lord Edward Grey hat seine Memoiren geschrieben. Sie umfassen die Zeit seiner Wirksamkeit im Foreign Office. Zuerst als parlamentarischer Unterstaatssekretär (von 1892 bis 1895) und dann als dessen Leiter (von 1905 bis 1916). Behandelt wird in ihnen vor allem die Vorgeschichte des Weltkrieges und dann im zweiten Buche die Diplomatie während des Krieges. Niemand besser als Grey könnte Aufschluß über die Vorgeschichte geben, kein Staatsmann hat in derart leitender Stellung die letzten neun Jahre vor Kriegsbeginn erlebt. Und so ist das Buch Greys auch von hohem Wert für die Erforschung der Kriegsur Ursachen, einmal durch die zahlreich eingestreuten Aktenstücke, wenn diese auch nicht alle zum ersten Mal veröffentlicht werden, dann durch die Darstellung Greys selbst.

Daß es eine einseitige Darstellung ist, versteht sich von selbst. Grey bemüht sich zwar, objektiv zu sein, und schreibt in der Einführung: diejenigen, die leidenschaftslos und begierig sind, die Wahrheit zu erkennen, sollten das vollständigste Material zur Verfügung haben, und für sie besonders sei sein Buch geschrieben. Aber er fügt auch hinzu: „Ein jeder von uns sieht, so sehr er sich bemüht, nur eine Seite der Wahrheit, und nur diese kann er seinen Mitmenschen vermitteln. Wahrscheinlich wird irgend ein Geschichtsschreiber der Zukunft, der den Ereignissen ferner steht, den Krieg von einer Warte beurteilen, zu der wir uns noch nicht aufschwingen können.“ ... „Das Buch gibt natürlich die britische Anschauung wieder, wenigstens insofern, als sie die meine war und ist. Ich habe mich aber bemüht, den Krieg auch aus internationalen Gesichtspunkten zu betrachten. Die Absicht oder der Wunsch, mit der Verteidigung oder Verurteilung eines Landes zu schließen, liegt mir fern, denn das wäre ein unfruchtbares Unternehmen. Mein Bestreben ging dahin, die Ereignisse so darzustellen, daß man die Wahrheit ergründen oder andern helfen könne, sie zu ergründen und die Schlußfolgerungen zu ziehen, durch die ein neuer Krieg von demselben Umfang und Charakter vermieden werden könnte.“

Wenn wir schreiben, Grey biete eine einseitige Darstellung, so wollen wir damit keinen Vorwurf aussprechen. Ultra posse nemo obligatur. Es ist zur Genüge bekannt, daß die gesamte Memoirenliteratur als eine subjektive Darstellung der Geschehnisse zu bewerten ist. Sind nicht alle Memoiren, wenn wir von dem Exhibitionismus eines Rousseau absehen, in ihrem Wesen Rechtfertigungen vor sich selbst und, wenn an eine Veröffentlichung gedacht war, Rechtfertigungen vor andern? Kann es bei

¹⁾ Fünfundzwanzig Jahre Politik, 1892—1916. Memoiren von Lord Edward Grey. Autorisierte Übersetzung von Else Baronin Werkmann. 2 Bde. F. Bruckmann, A.-G., Verlag, München, 1926.

Greh anders sein? — Wir stehen vor der Tatsache, daß nahezu alle Männer, die in der Julikrisis 1914 an leitender Stelle gestanden, ihre Memoiren geschrieben und — im Gegensatz zu andern früherer Zeiten — sofort veröffentlicht haben. Es muß da etwas vorliegen, was auf alle gleichmäßig wirkt, alle zum gleichen Tun treibt. Es ist doch wohl das Gefühl der Mitverantwortlichkeit an dem ungeheuren Unheil, das Europa getroffen hat. Die Verantwortlichkeit ist verschieden verteilt, aber auch schon das Gefühl: du hast nicht alles getan, was du hättest tun können, um das Unheil abzuwenden, muß bei der Größe dieses Unheils derart niederdrückend für jeden sein, der sich noch Mensch nennt, daß es für ihn zu einer Existenzfrage wird, sich von der Mitschuld loszusprechen, loszuschreiben, vor sich selbst in erster, vor Mit- und Nachwelt in zweiter Linie.

Hier liegt auch der Grund, weshalb es uns unwahrscheinlich erscheint, daß die Kriegsschuldfrage einmal wirklich gelöst wird. Zwar wird es der wissenschaftlichen Geschichtsforschung gelingen, die Entstehungsgeschichte des Weltkrieges so klarzustellen, daß sich ergibt, wie die Verantwortlichkeiten verteilt sind. Aber die Völker selbst, deren Regierungen ein hohes Maß von Verantwortung zugewiesen wird, werden sich gegen dieses Forschungsergebnis auflehnen. Sie werden es einfach nicht glauben. Diese Erkenntnis wäre unerträglich, sie muß verdrängt werden durch das, was man gemeinhin patriotische Legende nennt. — Und sollen wir nicht im Grunde froh sein, daß dies so ist? Müßten wir nicht an der Menschheit verzweifeln, wenn ein Volk frei bekennen würde: unsere Regierung hat den Krieg gewollt, wir sind nicht zur Verteidigung, sind zur Eroberung ausgezogen, unser Expansionswillen hat Europa in Blut getaucht! Es sind gerade die edlen Regungen eines Volkes, die es an seine Unschuld am Kriege zu glauben zwingen. Doch wir möchten nicht mißverstanden werden: von der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung verlangen wir den unbedingten Mut zur Wahrheit, und haben hohe Achtung vor Männern wie Morel, Gouttenoire de Tourny, Demartial, Ebray u. a. m., aber wir verstehen auch das heiße Bestreben des deutschen Volkes, sich von jeder Mitschuld am Kriege freizusprechen und verstehen ebenso das französische Volk, wenn es sich ausschließlich an das Urteil von Versailles hält und sich völlig den Forschungen über die Kriegursachen verschließt, in denen gerade einige seiner Kinder Bedeutendes geleistet. Ein Greh, der rein objektiv über sich schreiben würde, wäre ein moralisches Ungeheuer, der Greh, der sich vor sich selbst und seiner Mit- und Nachwelt zu rechtfertigen sucht, ist ein Mensch.

* * *

Wir fassen unsere Aufgabe nicht dahin auf, einen kritischen Bericht über die zwei Bände von Kapitel zu Kapitel zu geben. Dazu brauchte es ein ganzes Buch. Und dies Buch wäre veraltet, kaum, daß es erschienen, denn die Erforschung der Kriegursachen fördert immer neues Material zutage, und neue Gesichtspunkte ergeben sich für dies und jenes. Wir

wollen im allgemeinen prüfen, welchen Wert die Grey'schen Memoiren als Quelle für die „fünfundzwanzig Jahre Politik“ besitzen.

Die zahlreichen diplomatischen Aktenstücke, die sich in beiden Bänden abgedruckt finden, bilden eine große Bereicherung für die Forschung, zumal das Archiv des Foreign Office dem Forscher schwerer zugänglich ist als das eines anderen Staates. Die abgedruckten Aktenstücke sind selbstverständlich nur eine Auswahl. J. A. Spender, der langjährige Freund des wegen seines Augenleidens am Durchlesen von Akten verhinderten Grey, hat die Auswahl besorgt. „Die von ihm gewählten Akten geben ein richtiges und kein tendenziöses oder verzerrtes Bild von der Politik des Foreign Office. . . Es existiert keines (unter den nicht veröffentlichten Dokumenten), das die britische Politik in ein anderes Licht setzen oder eine neue Enthüllung bringen könnte.“ (S. 4.)

Es ist eine alte Tatsache, daß der amtliche Schriftwechsel zwischen dem Außenminister und dem Botschafter oder Gesandten im Ausland, der durch die Kanzlei geht, nicht alles enthält, daß die privaten Briefe, bei denen die Indiskretion Dritter ausgeschlossen ist, viel tiefer blicken lassen. Gerade solche pflegen uns Memoiren nebst Tagebuchblättern zu übermitteln. Wir bedauern, daß Privatbriefe politischen Inhalts äußerst sparsam zum Abdruck gelangt sind. Grey allerdings sagt: „Privatbriefe haben . . . keine Staatsgeheimnisse zu enthüllen.“ (S. 5.)

Nun zur Darstellung. Grey ermöglicht es uns, an einigen Stellen seinen allgemeinen Standpunkt kennen zu lernen. Er sagt schon in seiner Einführung, das Buch gebe den britischen Standpunkt wieder. Wie sehr er Brite ist, ist ihm aber schwerlich zu Bewußtsein gekommen. Auch Grey ist voll von jener wunderbaren Naivität des Briten, die keinen Zweifel darüber kennt, ob England auch immer das Richtige und Gute tue. Die Engländer sind das auserwählte Volk des Neuen Testaments, von England beherrscht zu werden, ist ein Segen für ein Volk. Deshalb hat England ein Recht auf weiteste Ausdehnung seines Reiches. Dies ist der sichere moralische Boden, auf dem auch dieser britische Staatsmann steht. — Ein Beispiel: Zu Anfang des zweiten Kapitels (S. 170 ff.) spricht Grey von den Anstrengungen, die türkische Verwaltung Mazedoniens zu verbessern. „Wir nahmen tätigen Anteil daran, doch waren unsere Beweggründe ganz uneigennützig. Wenn wir unseren politischen Vorteil im Auge gehabt hätten, so würden wir uns nicht um die Frage gekümmert haben.“ Die britische „Rührigkeit in Protesten“ führte zu einer Abnahme des Einflusses. „Sie lief daher den britischen kommerziellen Interessen in der Türkei zuwider. Aber das humanitäre Empfinden Englands und das stete Mitgefühl mit den christlichen Völkern unter türkischer Herrschaft waren bei uns so stark, daß die politischen und materiellen Interessen dagegen zurücktreten mußten. Die ungeteilte Sympathie aller britischen Staatssekretäre für auswärtige Angelegenheiten gehörte diesem Empfinden und wurde zum Leitmotiv ihres Handelns. . .“ Nun aber die andern! Österreich-Ungarn und Rußland: „Keine der beiden Mächte konnte um philanthropischer Ziele willen ihre Position aufs Spiel setzen.“ Deutschland „dachte nur an seinen po-

litischen Einfluß und an die damit zusammenhängende wirtschaftliche Expansion in der Türkei. Es wollte nichts davon um philanthropischer Ziele willen riskieren und war nur darauf bedacht, die mazedonische Frage derart zu behandeln, daß alles, was wir oder andere Mächte durch die Drangsalierung des Sultans in Konstantinopel verloren, der deutschen Position zugute käme.“ Aber selbst das befreundete Frankreich „hatte seine kommerziellen Interessen in Konstantinopel und war daher weder geneigt noch in der Lage, einen Kreuzzug gegen den türkischen Sultan anzuführen.“ Egoismus ist das Movens aller anderen Regierungen, das der britischen ist Altruismus. In Großbritannien allein gibt es ein öffentliches Gewissen, das die Regierung zwingt, nicht nur im eigenen Hause Mißbräuche abzustellen, sondern sich zu diesem Zwecke auch in fremde Angelegenheiten zu mischen. „Nur noch in den Vereinigten Staaten gab es eine ähnliche Regung der öffentlichen Meinung, die Einschreiten außerhalb des Landes forderte“ (Grey meint wohl den Krieg gegen Spanien, der der Union Cuba und die Philippinen einbrachte). „In andern Ländern, mag sich das menschliche Gefühl einzelner Individuen wegen eigener Angelegenheiten wie immer gerührt haben, nahm es niemals die Form eines Druckes zugunsten einer philanthropischen Aktion im Ausland an.“ (S. 192.) — Turmhoch stehen die beiden angelsächsischen Staaten über allen andern. Niggers! Der schwärzeste aber unter ihnen ist Deutschland.

Deutschland ist in moralischer Hinsicht der Gegenpol zu England. „Die deutsche Politik scheint auf dem wohlbedachten Glauben aufgebaut gewesen zu sein, daß moralische Bedenken und altruistische Motive bei der Behandlung von internationalen Angelegenheiten nicht mitzählen. . . Das oberste Moralgesetz für eine deutsche Regierung war das Interesse der Nation. Dieses verdrängte alle anderen Rücksichten. . . Aber es erwarb diese Vorteile („Der Reichtum Kleinasiens ging in seine Hände über“), indem es nach dem Grundsatz handelte, daß die Moral in der Politik nicht mitzähle. Und diese irriige Ansicht von der Humanität im Verkehr zwischen den Nationen war es, die Deutschland den Krieg verlieren ließ. (Und die Deutschen sind unbelehrbar noch immer der Ansicht, daß die höchst moralische Hungerblockade das meiste zu ihrer Niederlage beigetragen hat.) Gerade die Prinzipien und Ansichten, die ihm so viele Jahre hindurch einen unvergleichlichen Erfolg in seiner Orientpolitik verschafften, trugen den Keim der Vernichtung in sich. Sicherlich ergibt sich daraus mit unwiderstehlicher Logik die Schlußfolgerung, daß eine Politik, die jeden andern Beweggrund als das nationale Interesse ausschaltet, in verhängnisvoller Weise aller Elemente entbehrt, die für einen dauernden Erfolg ausschlaggebend sind.“ (I, 133f.)

England hat dauernd Erfolge errungen, also war seine Politik durchaus moralisch. Dies spricht Grey an dieser Stelle nicht aus, aber es ist in derselben Logik enthalten. Der Mensch des europäischen Festlandes kommt hier einfach nicht mit. Uns ist gerade England der Staat, der je und je reinste Interessenpolitik getrieben hat. Wir glauben, daß die Erregung über Greuel außerhalb des Imperiums nur dann einsetzt,

wenn es den britischen Interessen förderlich ist. Wir verstehen nicht recht, aus was für Humanitätsgründen der Burenkrieg geführt, Frankreich aus Ägypten verdrängt worden ist. Der Krieg gegen China, in dem England mit Napoleon III. zusammen das unglückliche Land zwang, das Opiumverbot aufzuheben, Indien, Irland, was hat das mit Humanität zu tun? Grey erzählt selbst ganz harmlos, wie er sich mit Rußland über Persien, wie er sich mit ihm über die Dardanellen geeinigt, dem türkischen Sultan wegen einer geringfügigen Grenzstreitigkeit auf der Sinaihalbinsel ein Ultimatum geschickt hat. — Heuchelei! Nein, wir würden Grey Unrecht tun. Er glaubt, was er schreibt. Wie das auserwählte Volk des Alten Testaments bei allen seinen Eroberungen ein gottgefälliges Werk tut, ebenso das auserwählte Volk des Neuen Testaments. Es ist Glaubenssache, der Gedanke an eine Kritik existiert nicht.

Durch die Gegenüberstellung von England und Deutschland in moralischer Hinsicht ist auch der Krieg Englands gegen Deutschland gerechtfertigt. Es ist der Kampf des Guten gegen das Böse. Das spricht Grey nicht aus, aber daß dies seine Auffassung ist, geht klar aus seinen Ausführungen hervor und — hier glauben wir nun doch eine Absicht zu erkennen —: diese Auffassung soll auch der Leser gewinnen.

* * *

Da die deutsche Politik so unmoralisch ist, ist sie hassenswert. Also haßt Grey Deutschland. Nein, der Engländer haßt nicht, dies würde den christlichen Geboten widersprechen. Grey bestreitet seine Deutschfeindlichkeit ausdrücklich. Dies ist nötig, denn der Vorwurf, deutschfeindlich zu sein und hierdurch die Beziehungen Englands zu Deutschland zu verschlechtern, so daß beide Länder einem Bruch zutreiben, ist ihm oft und gerade im eigenen Lande gemacht worden. Er selbst schreibt (I, 218): „Ein Teil und zwar ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung Englands hielt das Foreign Office im allgemeinen und mich im besonderen für übertrieben deutschfeindlich.“ Es war gerade die eigene Partei, die liberale, die Greys Einstellung gegen Deutschland tadelte, sodaß der russische Botschafter in London, Bendendorff, mehr als einmal besorgt nach Hause schreibt, er fürchte, Grey werde sich wegen der Gegnerschaft der Liberalen in diesem Punkt nicht halten können. „Wenn wir in ihm nur einen Staatsmann von großem Verdienst verlieren würden,“ schreibt Bendendorff am 4. Dezember 1911 an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow, „so müßte diese Erwägung vielleicht den Interessen Rußlands untergeordnet werden und könnte die Entschließungen der kaiserlichen Regierung nicht beeinflussen. Aber ich glaube wiederholen zu müssen, der Rücktritt Greys zieht eine Neuorientierung der englischen Politik nach sich. . . Es kann keinen Zweifel geben, was dann folgen würde. Gerade jetzt bereitet sich eine allmähliche Annäherung an Deutschland vor. Im Anfang mag diese Annähe-

rung eine teilweise sein, später wird sie jedenfalls allgemein und alles andere ausschließend werden.“²⁾ Deshalb, um Grey zu halten, rät Bendendorff, in der persischen Frage nachzugeben.

Nicht nur sich selbst, auch seinen König, Eduard VII., verteidigt Grey gegen den Vorwurf der Deutschfeindlichkeit. Wie er über den König schreibt, ist wieder typisch englisch. Es wäre sehr leicht gewesen, einen guten Teil der Schuld an der Spannung zwischen England und Deutschland, die es doch erst ermöglichte, daß im Juli 1914 eine Lage bestand, die den Krieg wahrscheinlich machte, Eduard VII. zuzuschreiben. Grey deckt seinen König voll und ganz. Einmal in verfassungsrechtlicher Hinsicht: es sei falsch, daß der König die auswärtige Politik Englands inspiriert, geleitet, kontrolliert hätte. Er unterrichtete sich über alles genau, aber „ich erinnere mich keiner Kritik und keines Ratschlages“. Also der König des parlamentarischen Systems. Immerhin eine Einschränkung: Eduard VII. hielt sich zurück, weil er die Politik Greys „von Herzen billigte“. Und nun gegen die behauptete Deutschfeindlichkeit des Königs: „Doch niemals machte er eine Andeutung, daß dieser Politik eine Spitze gegen Deutschland gegeben werden sollte. Wenn er in Berlin einen Staatsbesuch machte, so war es ihm ein Vergnügen, sich dort ebenso populär zu machen, wie in andern Ländern.“ (I, 200 f.) „Die Besuche König Eduards im Ausland sind Gegenstand mancher Vermutungen und Verdächtigungen gewesen. Sie waren nie Gelegenheiten, für irgendwelche Manöver gegen andere Mächte gedacht.“ (I, 198.) — über das verhängnisvolle Verhältnis Eduards VII. zu seinem Neffen Wilhelm II. schweigt sich Grey völlig aus.

Daß Grey mit dieser Darstellung viel Glauben finden wird, bezweifeln wir. Der italienische Historiker Alberto Lombroso schreibt in der Voranzeige seines Werkes: „Die diplomatischen und wirtschaftlichen Ursachen des Weltkrieges“: „Zwei Tote kämpften (im Weltkrieg) miteinander, Bismarck und Eduard VII.“ Dies ist nun zu sehr zugespitzt, kommt aber der Wahrheit doch näher, als Greys Darstellung und wird, dünkt uns, dem Könige auch mehr gerecht. Eduard VII. war sicher eine geschichtliche Persönlichkeit von hervorragender Wirkung. Es wirkt menschlich sehr sympathisch, daß der zurückgetretene verantwortliche Minister den toten König deckt, und gehört eben auch zum Bilde des Engländers Grey. Die Geschichtsforschung aber fördert die Loyalität Seiner Majestät Staatssekretärs nicht.³⁾

²⁾ B. v. Siebert, ehemaliger Sekretär der kaiserlich-russischen Botschaft in London, *Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre*, Berlin und Leipzig, 1921, S. 244.

³⁾ Während der Drucklegung stoßen wir im Augustheft der „Europäischen Gespräche“, S. 445 f., auf einen Bericht über die Darstellung, die Lord Hardinge am 3. Juni 1926 bei einem Festessen der Association France-Grande Bretagne über die Entstehung der Entente Cordial gab. Liegt das Ereignis auch vor dem Amtsantritt Greys, so ist es doch beachtenswert, wie anders dieser Diplomat, Hardinge, die politische Tätigkeit König Eduards einschätzt. Er behauptet, er sei Zeuge dafür, daß die erste Initiative zur Entente ausschließlich vom König und Präsidenten Loubet ausgegangen ist. König Eduard

Der Engländer Grey sollte eigentlich allen fremden Staaten gleichmäßig kühl gegenüberstehen. Woher kommt seine besondere Einstellung zu Deutschland? Da erlauben uns die Memoiren und unser Vergleichsmaterial recht tief zu blicken. Den bestimmenden Eindruck hat Grey früh empfangen, nach noch nicht einem halben Jahre Tätigkeit als parlamentarischer Unterstaatssekretär, Anfang Januar 1893. Dieser Eindruck ist bestimmend für die ganzen fünfundzwanzig Jahre Politik. Es lohnt sich, näher darauf einzugehen.

Es war die Zeit der dauernden Reibereien zwischen England einerseits und Frankreich und Rußland andererseits. Diese Gegnerschaft — die England zur Annäherung an Deutschland und den Dreibund gebracht — machte sich vor allem auch in Ägypten geltend, das England besetzt hatte, und wo Frankreich sich in seinen älteren Rechten gekränkt fühlte. Die internationale Finanzkontrolle war das Werkzeug, mit dem Frankreich und Rußland England und in Sonderheit seinem dortigen hervorragenden Vertreter, Cromer, Schwierigkeiten machen, ja Cromers großes Werk völlig lähmen konnten, wenn nicht Deutschland und der von ihm geleitete Dreibund England unterstützte. Da geschah es, daß Deutschland seine weitere Unterstützung von einer Bedingung abhängig machte. Dies war das entscheidende Ereignis für Grey.

Er berichtet darüber (I, 21 ff.). Um Konzessionen zu Eisenbahnbauten in Kleinasien bemühten sich englische und deutsche Firmen und wurden darin von ihren Botschaftern unterstützt. „Plötzlich kam aus Berlin eine Art Ultimatum, in dem verlangt wurde, daß wir von der Mitbewerbung um Eisenbahnkonzessionen in der Türkei, um die sich Deutsche bemühten, zurücktreten sollten, andernfalls der deutsche Konsul in Kairo seine Unterstützung der britischen Verwaltung in Ägypten zurückziehen würde. Instruktionen in diesem Sinne waren dem deutschen Vertreter in Kairo bereits gesandt worden. Das deutsche Ultimatum war gefolgt — oder fast begleitet — von einer verzweifelt Depesche Lord Cromers, in der dieser darlegte, daß er angesichts der französischen und russischen Opposition sein Werk ohne Deutschlands Unterstützung unmöglich fortführen könne. . . . Wir hatten keine Wahl und mußten nachgeben, wenn wir nicht die Aufrollung der ganzen ägyptischen Frage ohne eine einzige Großmacht auf unserer Seite riskieren wollten.“

Dieses Vorgehen der deutschen Regierung hat den jungen Grey tief gekränkt. Zwar sei das deutsche Verlangen „nicht völlig unvernünftig“ gewesen, doch „die von den Deutschen bei dieser Gelegenheit

hatte auf eigene Initiative seine „Reißflotte“, vier Kreuzer unter einem Admiral, nach Algier geschickt, um Präsident Loubet bei seiner dortigen Ankunft durch Salut zu begrüßen. Loubet ist sehr gerührt und lädt den König ein, bei seiner Rückfahrt nach England Paris einen Besuch zu machen. „Obgleich die britische Regierung jener Zeit (Salisbury) sich zunächst diesem Vorschlag abgeneigt zeigte, bestand der König so entschieden darauf, die Einladung des Präsidenten anzunehmen, daß die Regierung nachgab.“ — Die Regierung ist abgeneigt, the King insisted so strongly, die Regierung gibt nach. Das ist ein durchaus anderer Ebuard, als ihn Grey uns zeigt.

angewendete Methode war nicht die eines Freundes“; es war die „kurz angebundene, schroffe, peremptorische Art“, die ihm auf die Nerven ging.

Die Sache hat sich nicht ganz so zugetragen, wie Greh sie schildert. Es wäre höchst töricht, ihn deshalb der Fälschung zeihen zu wollen; wir haben hier einen Gedächtnisfehler vor uns, wie sie in Memoirenwerken unausbleiblich sind. (Greh gibt nicht einmal das Jahr des Ereignisses an.) Aber gerade dieser Gedächtnisfehler ist interessant. Er zeigt uns, wie schwer Greh die Sache nahm, sodaß sie in seinem Gedächtnis Formen annahm, die sie nicht besaßen.

In der Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes „Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914“ finden wir in Band 8 auf Seite 185 folgendes Schriftstück des Staatssekretärs des Auswärtigen an den Botschafter in London:

Berlin, den 7. Januar 1893.

„Zu Ew. pp. Information:

Ich habe gestern an den kaiserlichen Generalkonsul in Kairo folgenden telegraphischen Erlaß gerichtet: Falls Ew. pp. die Ihnen aufgegebenen Erklärung betreffend die (von den Engländern betriebene) Vermehrung der ägyptischen Truppen nicht schon in amtlicher bindender Form abgegeben haben, bitte ich, dieselbe noch zurückzuhalten, da die offensiv feindliche Haltung der englischen Botschaft in Konstantinopel, welche in allen kleinasiatischen Eisenbahnbauforderungen sogar französische zum Nachteil deutscher Interessen verteidigt, in keinem Verhältnis zu der Berücksichtigung steht, welche englische Interessen seit Jahren von deutscher Seite gefunden haben, sogar manchmal da, wo sie, wie beim ostasiatischen Vertrage, mit deutschen Interessen konkurrierten. Ew. pp. mögen auch Lord Cromer über die Gründe unserer fernerhin veränderten Haltung aufklären.“

Graf Lehden (der Generalkonsul in Kairo) hat hierauf heute nachstehendes berichtet:

„Erklärung wegen Heeresvermehrung von mir schon im Verein mit italienischem Kollegen durch Note abgegeben, habe aber Lord Cromer von Inhalt von Telegramm Nr. 2 verständigt, der die berührten Tatsachen aufrichtig bedauert und über deren Folgen wahrscheinlich nach London berichten dürfte. Frankreich hat Armeevermehrung inzwischen verweigert.“

Man kann mit Sicherheit annehmen, daß der deutsche Botschafter in London, da ihm die Angelegenheit nur zur Information mitgeteilt worden ist, nicht selbst einen Schritt bei der britischen Regierung unternommen hat, der die Frage der Eisenbahnkonzessionen mit der ägyptischen verquickte, geschweige denn „eine Art von Ultimatum“ übergeben hat. Berlin hatte den Umweg über Kairo (Cromer) vorgezogen und einzig durch das „verzweifelte Telegramm“ Cromers bekam das Foreign

Office die Nachricht, daß Berlin auf dem Standpunkt des „Ich tu Dir dies, Du tust mir dafür jenes“ stehe. — Am 14. Januar berichtet dann der Botschafter Graf Hatzfeldt aus London, daß Rosebery, der britische Außenminister, in ganz vertraulichem Gespräch auf die Sache zu reden gekommen sei.

Wir sehen also, der Eindruck des deutschen Schrittes war so stark auf Grey, daß er in seiner Erinnerung die Gestalt einer Art von in London übergebenem Ultimatum annahm. Greys Zorn gilt nicht dem Gegner, der durch sein Veto die ägyptische Heeresvermehrung verhindert, die Gegenaktion des Gegners ist legitim. Daß aber der Freund fordert, in schroffer Form fordert, ist nicht loyal. Daß England diesen Freund schlecht behandelt hat, ist aus Greys Gedächtnis entschwunden, wenn er sich überhaupt dessen je bewußt geworden. Auch hier der Engländer.

* * *

Ziel seiner Politik wurde, die Feindschaften aufzuheben, um die Abhängigkeit loszuwerden. Von König Eduard sagt Grey: „Meinem Eindruck nach hatte er an sich das selber erlebt, was so viele von uns durchgemacht hatten: die Abhängigkeit von Deutschland und die wiederholten Streitigkeiten mit Frankreich und Rußland waren ihm unbehaglich geworden. Er hegte den festen Wunsch nach einer Freundschaft mit diesen beiden Ländern.“ (I, 200.) Dies gilt auch für Grey selber.

Greys großes Verdienst ist, daß es ihm gelungen, die Streitigkeiten mit Frankreich und mit Rußland beizulegen, zuerst mit dem einen, dann auch mit dem andern zu einer Entente zu gelangen. Die (behauptete) Abhängigkeit von Deutschland ist damit aus der Welt geschafft. Hier aber hört Greys Verdienst auf. Mit Frankreich ausgesöhnt, weiterhin in freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland, hätte es ein britischer Staatsmann — hinter sich die Macht seines Riesenreichs — in der Hand gehabt, bestimmenden Einfluß auf die deutsch=französischen Beziehungen zu gewinnen. — Bismarck hatte es verstanden, die Freundschaft Deutschlands zu Osterreich=Ungarn und zu Italien dazu zu verwenden, aus dem gespannten Verhältnis zwischen Osterreich=Ungarn und Italien die Kriegsgefahr zu bannen. (Daß für ihn die Einbeziehung Italiens ins Bündnis nahezu ausschließlich den Wert eines österreichisch=italienischen Neutralitätsvertrages hatte, ergibt sich klar aus den in der „Großen Politik“ veröffentlichten deutschen Akten.) Grey scheint dieser Gedanke gar nicht gekommen zu sein. Und doch lag hierin die Lösung des europäischen Problems. Man kann mit Bestimmtheit sagen: Hätte Grey seine Aufgabe, was das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich betrifft, so aufgefaßt wie Bismarck die seine in Bezug auf Osterreich und Italien auffaßte, der Weltkrieg wäre nicht entstanden. Nach diesem, elf Jahre nach seinem Ausbruch, hat Austen Chamberlain eine solche Politik aufgenommen und — unter ungleich schwierigeren Verhältnissen — darin schon einigen Erfolg erzielt: Locarno. Grey glaubte

wählen zu müssen zwischen den beiden großen Kontinentalstaaten. Das ist noch keine Schuld, das ist Unzulänglichkeit des Staatsmanns.

Die Unzulänglichkeit zeigt sich weiter. Überraschend deutlich geht es aus den Memoiren hervor, wie rasch Grey — wir sagen nicht: das britische Kabinett, denn Grey machte seine Politik ganz selbstherrlich —, wie rasch er, statt zu führen, in Abhängigkeit vom Quai d'Orsay geriet. Paul Cambon, Frankreichs langjähriger Botschafter in London, zeigt sich ihm weit überlegen. Sowie er über Machenschaften Deutschlands klagt, seine Befürchtungen über eine Schwächung der Entente zum Ausdruck bringt — worin System liegt —, beeilt sich Grey, Beweise für die unveränderte Freundschaft Englands für Frankreich zu erbringen, Beweise, die regelmäßig eine Besserung des deutsch-englischen Verhältnisses vernichten und den Appetit in Paris reizen.

Wir wissen nicht, ob Grey nicht gemerkt hat, daß weder Frankreich noch Rußland eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen dulden wollten. Er kennt Sieberts Buch. Dort steht (S. 775) in einem Brief des russischen Botschafters in Berlin vom 13. Februar 1914: „Cambon (Jules, der Berliner Botschafter Frankreichs) sieht sehr trübe auf die beständigen Gerüchte einer Besserung in den deutsch-englischen Beziehungen, da es die Möglichkeit irgend einer Annäherung zwischen diesen beiden Ländern in Zukunft zuläßt. Obwohl ich diese Befürchtungen nicht völlig teile, so kann ich mich doch nicht ganz dem Gedanken verschließen, daß Deutschland und England, nachdem sie damit angefangen, ihre ökonomischen Interessen in Afrika zu regeln, mit der Zeit zu wichtigen Verhandlungen übergehen werden, welche letzten Endes zu einem gewissen Abkommen auch in politischen Fragen führen können. Ich kann von hier aus verfolgen, wie die deutsche Regierung bestrebt ist, der englischen entgegenzukommen, — aber ich habe natürlich nicht die Möglichkeit, zu beurteilen, welchen Eindruck diese Bemühungen auf die führenden englischen Kreise machten.“

Hohe russische und französische Diplomaten sprechen sich also sehr offen darüber aus, daß „irgend eine Annäherung“ zwischen Deutschland und England nicht eintreten solle; ausgesprochen auf die Erhaltung des Friedens war ihr Sinn dabei wohl kaum gerichtet. Hat Grey nichts davon bemerkt? — Anfang Dezember hatte ihm Paul Cambon in seinem eigenen und dann im Namen Poincarés, des Außenministers, erklärt, gewisse Pressegerüchte von einer gewissen Annäherung zwischen England und Deutschland hätten in Paris einen sehr schlechten Eindruck gemacht. Aus dieser Annäherung schließe man in Paris auf eine Lockerung der Entente und Tripelentente (vgl. Siebert, a. a. O., S. 802). Hierauf erwiderte Grey, die Entente und Tripelentente würden, da sie dem Frieden dienen, durch eine deutsch-englische Annäherung nicht gelockert, es sei unverständlich, wie bei den beiderseitigen Friedensbestrebungen eine solche Annäherung einen schlechten Eindruck in Paris machen könnte. Schließlich aber müßte Sr. Majestät Regierung es vorziehen — wie sehr sie es bedaure —, einen schlechten Eindruck in Paris zu machen, als sich in ihrer Handlungsfreiheit in der Verfolgung ihrer dem

Frieden dienenden Bestrebungen einschränken zu lassen. — Diese Antwort erwartet man von jedem britischen Außenminister. Aber Grey hat so nicht geantwortet. Er läßt sich die Zur=Redestellung ruhig gefallen und versichert, jene Gerüchte entbehren jeder Grundlage.

Man möge uns diese umständliche Auseinandersetzung verzeihen. Wir dürfen aber nicht nur behaupten, sondern müssen Beweise erbringen. — Der angeführte Fall aus dem Jahre 1912 ist typisch; ähnliches wiederholt sich noch öfter und wird auch in den Memoiren aufgeführt.

Statt daß England das deutsch=französische Verhältnis in die Hand bekommt und einen Ausgleich fördert, bekommt Frankreich und nach ihm auch Rußland das deutsch=englische in die Hand, das dadurch verschlechtert wird. So kommt z. B. eine Verständigung über den Flottenbau nicht zustande. Mac Donald hat Grey damals vorgehalten, erst durch Aufgabe der deutschfeindlichen Politik Englands könne es zu einer Verständigung über den Flottenbau kommen. Das gleiche ist von deutscher Seite immer wieder gesagt worden. Diese Verständigung wollte Frankreich nicht. „Mein französischer Kollege — schreibt der russische Botschafter in Berlin in dem oben angeführten Briefe vom 13. Februar 1914, dessen Ansicht Goschen (britischer Botschafter in Berlin) hinsichtlich des „Freijahres“ (in welchem der Bau von Kriegsschiffen ruhen sollte) befragt hatte — erwiderte ihm, daß er diesen Gedanken in keinem Falle billigen könne, da alle Ersparnisse, die Deutschland infolge der Unterbrechung der Schiffsbauten machen würde, zur Verstärkung der Landarmee verwendet werden würden, und diese würde beim zukünftigen Zusammenstoß hauptsächlich gegen Frankreich gerichtet werden.“

Wir wiederholen, nicht eine Schuld liegt vor, kein dolus. Es ist die Unzulänglichkeit des Staatsmanns Grey. Seine Politik ist nicht die freie Politik einer Großmacht, der stärksten der Erde. England ist unter Grey in Abhängigkeit geraten. Die britische Politik trieb im französischen und dann im französisch=russischen Fahrwasser, und Europa „trieb“, nach Lloyd Georges Wort, in den Krieg.

(Schluß folgt.)